

PRESSESTIMMEN

Zum TV-Duell Biden vs. Trump

„Joe Biden, offensichtlich erkältet, murmelte sich durch die Debatte und konnte seine eigentlich elegant formulierten Sätze nicht treffsicher anbringen. Donald Trump, ein produktiver Verbreiter von Unwahrheiten, erzählte wiederholt Lügen und vermied es, auf schwierige Fragen zu antworten.“

Guardian London

„Biden scheitert in der Debatte bei dem Versuch, die Bedenken über sein Alter zu zerstreuen. Der Ex-Präsident überhäuft den Präsidenten mit Falschinformationen und Lügen, der seinerseits durch sein Zaudern, seine Heiserkeit und seine Ausrutscher unfähig ist, in einem Duell voller persönlicher Angriffe damit fertig zu werden.“

El Pais Madrid

„Mit heiserer Stimme, stotternd und ohne die Sätze zu beenden, gelang es Joe Biden nicht, die Bedenken wegen seines Alters (81) zu zerstreuen. Der 78-jährige Donald Trump wirkte kämpferischer. Noch nie zuvor mussten die Amerikaner zwischen Kandidaten entscheiden, die beide so alt waren.“

Le Monde Paris

„Joe Biden klang heiser, sein Energielevel schien niedrig zu sein, und an mehreren Stellen der Debatte verlor er seinen Gedankengang. (...) Und Donald Trump macht das, was Donald Trump oft macht: Er spricht mit Selbstvertrauen, er hat Energie, aber so vieles von dem, was er heute Abend gesagt hat, ist absolut nicht sachlich korrekt.“

CBC News Kanada

„Biden stolpert, während Trump lügt und sich weigert, das Wahlergebnis zu respektieren.“

El Universal Mexiko

„Nun, das war schmerzhaft – für die Vereinigten Staaten. Präsident Bidens stockender, stotternder Auftritt in der Debatte am Donnerstagabend hat nur allzu deutlich gezeigt, dass er nicht in der Lage ist, vier weitere Jahre im Amt zu bleiben. Zum Wohle des Landes, mehr noch als zum Wohle ihrer Partei, müssen die Demokraten gründlich darüber nachdenken, ob sie ihn an der Spitze ihrer Partei ersetzen müssen. Das ist kein parteipolitischer Gedanke, sondern ein patriotischer. (...) Biden wirkte wie ein schwacher Mann, den kein Amerikaner im direkten Duell mit Putin oder Chinas Xi Jinping sehen möchte. (...) Biden hat die Delegierten, um die Nominierung zu gewinnen, und die einzige Möglichkeit, dass er nicht nominiert wird, ist, dass er entscheidet, sich zurückzuziehen.“

Wall Street Journal New York

Gewaltenteilung und Rechtsdienste: Die Wurzel der Missverständnisse

Bei unabhängiger Kontrolle besteht in Österreich erheblicher Nachholbedarf

Die Diskussion um die mehr oder weniger weitreichende Unabhängigkeit des Verfassungsdienstes hat offengelegt, dass in Österreich noch erhebliche Missverständnisse über die Gestalt und die wesentlichen Erfordernisse einer effektiven Gewaltenteilung einerseits und über die Grundbedingungen eines wirksamen Rechtsschutzes andererseits vorliegen. Der Konflikt hat Wellen geschlagen bis nach Brüssel – und wurde im Ausland überwiegend als Kuriosum wahrgenommen, da schwer erklärbar ist, worin in Österreich die Wurzeln der offenkundigen Missverständnisse liegen, die hier zu laufenden Verwechslungen zwischen Verwaltungsbehörden und Gerichten geführt haben. Hierzulande war diese Auseinandersetzung hingegen – trotz Ihrer Schärfen und vieler unnötiger Zuspitzungen – insgesamt heilsam, da sie zu einem ersten Nachdenkprozess geführt hat.

Die Diskussion hat auch verdeutlicht, dass die Verwaltung über wertvolle Rechtsdienste mit hoch qualifizierten Juristen und Juristinnen verfügt. Diesen darf aber keine größere

Rolle, keine weiterreichende Funktion zuerkannt werden, als die Verfassung vorsieht und erlaubt. Die österreichische Politik kann sich gerne intern beraten lassen, aber sie muss letztlich ihre eigenen Entscheidungen auch selbst verantworten und zu diesen stehen. In weiterer Folge wurde damit deutlich, dass die Gewaltenteilung und schließlich auch das Recht auf einen wirksamen Zugang zu einem Gericht ersterst genommen werden muss. Art. 47 der Grundrechte-Charta muss auch in Österreich verstärkt Beachtung finden.

Beispiel Universitäten: Mit dem UG 2002 wurde der Zugang zu den Gerichten (EU-rechtswidrig – siehe gerade Art. 47, aber auch Art. 19 EUV!) in dem zentralen Bereich der Berufungsverfahren weitgehend eliminiert. Es besteht zwar noch die Möglichkeit einer Aufsichtsbeschwerde nach § 45 UG, doch wie sich hier eine im Grunde gerichtliche Funktion von einer Instanz ausgeübt werden, die diese Voraussetzungen nach allen internationalen Kriterien gerade nicht erfüllt? Weshalb gewährt man den Beschwerdeführern keine Parteistel-

lung, sodass auf dieser Grundlage eine Anrufung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts möglich wäre?

Es ist ein Grundprinzip einer jeden rechtsstaatlich verfassten Demokratie (und EU-rechtlich eindeutig geboten!), dass öffentliches Handeln einer unabhängigen Kontrolle unterworfen wird oder zumindest unterworfen werden kann. Hier besteht in Österreich offenkundig noch erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Die aktuelle Auseinandersetzung hat deutlich vor Augen geführt, dass ein strukturell in ein Ministerium eingebauter Rechtsdienst sicherlich intern wertvolle beratende Aktivitäten entfalten, aber eben keine gerichtssähnlichen Aufgaben wahrnehmen kann. Wenn die Aufsichtsbeschwerde der einzige Weg ist, um Missstände im universitären Bereich geltend zu machen, die Beschwerdeführer sich dann aber vor einer Einrichtung der Exekutive befinden und nicht einmal über Parteistellung verfügen, dann müsste jedem klar werden, dass hier ein rechtsstaatliches Defizit vorliegt, das auch und gerade EU-rechtlich nicht tragbar ist.

Peter Hilpold lehrt Völkerrecht, Europarecht und Steuerrecht an der Universität Innsbruck.



PETER HILPOLD

Gastkommentar



Die EU ist verwundert über die Unklarheit bei Österreichs Position zur Renaturierung

Mein Nachbar grillt unter meinem Balkon – was kann ich tun?

Mein Nachbar grillt im Sommer jeden Tag direkt unter dem Balkon meiner Mietwohnung und der Rauch stört mich sehr. Kann ich etwas dagegen tun?

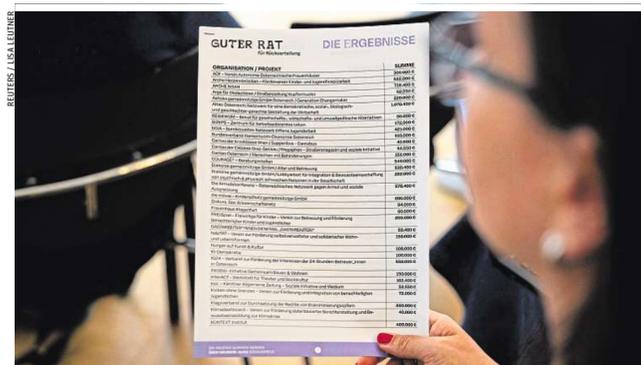
Ganz generell kann das Grillen auf dem Balkon in der Hausordnung oder im Mietvertrag ausgeschlossen bzw. eingeschränkt werden. Auch nachbarrechtliche Anforderungen sind dabei zu beachten. Hier gilt, dass das Nachbarrecht das Nutzungsrecht (welches auch für die Mieter gilt) insofern einschränkt, da es die Nutzung des Eigentumsobjektes an einen ortsüblichen Standard knüpft. Darunter fällt auch das Grillen am Balkon. Grillt ein Mieter ab und zu, dann wird das in aller Regel ortsüblich sein. Immerhin ist

grillen überall dort „ortsüblich“, wo Menschen wohnen. Die ortsüblichkeit bemisst sich dabei nach den tatsächlichen Verhältnissen in der maßgebenden Umgebung. Ein generelles Untersagen des Grillens wird daher aus rechtlicher, aber nicht zwingend auch aus vertraglicher Sicht nicht zielführend bzw. möglich sein. Dies gilt selbst dann, wenn es gelegentlich in einem geringen Ausmaß zu Grillgeruch und Rauch am eigenen Balkon kommt. Anders ist das allerdings dann, wenn die durch das Grillen verursachte Lärm- und Geruchsbelastung nach den örtlichen Verhältnissen das gewöhnliche Maß überschreitet und die ortsübliche Benutzung der Wohnung wesentlich beeinträchtigt. Hier wird auf

grillen überall dort „ortsüblich“, wo Menschen wohnen. Die ortsüblichkeit bemisst sich dabei nach den tatsächlichen Verhältnissen in der maßgebenden Umgebung. Ein generelles Untersagen des Grillens wird daher aus rechtlicher, aber nicht zwingend auch aus vertraglicher Sicht nicht zielführend bzw. möglich sein. Dies gilt selbst dann, wenn es gelegentlich in einem geringen Ausmaß zu Grillgeruch und Rauch am eigenen Balkon kommt. Anders ist das allerdings dann, wenn die durch das Grillen verursachte Lärm- und Geruchsbelastung nach den örtlichen Verhältnissen das gewöhnliche Maß überschreitet und die ortsübliche Benutzung der Wohnung wesentlich beeinträchtigt. Hier wird auf



Recht praktisch



Das Ergebnis des Guten Rats zur Rückverteilung des Vermögens von Marlene Engelhorn

So billig kann guter Rat sein

Erfundene Räte vs. Institutionen der Demokratie

Geschafft. Das Vermögen Marlene Engelhorns ist verteilt und wird nun zum größten Teil guten Zwecken zugeführt. Eigentlich ging es aber um etwas ganz anderes. Zufälle gibt's: Das Gremium, das eine Gesellschaft repräsentieren soll, die mindestens zur Hälfte ziemlich rechte Parteien wählt, verteilt Millionen Euro an ziemliche linke politische Einrichtungen. Auch dass die Große Vorsitzende des Guten Rats noch vor Kurzem auf der Gehaltsliste des gewerkschaftsnahen Momentum Instituts stand, das

ten: Wenn der Schlechte Rat (aka Nationalrat) nicht von neoliberalen Umtrieben unterwandert wäre und sich als demokratische Institution delegitimiert hätte, dann müsste er das Staatsbudget so verteilen wie der Gute Rat. Der Gute Rat ist die neue, bessere Demokratie. Die eigentliche Herrschaft des Volkes.

Die Hufeisentheorie bewahrheitet sich einmal mehr: Die ganz rechte Seite möchte, dass das „Recht der Politik“ folgt; die ganz linke bringt erfundene Räte gegen Institutionen der Demokratie in Stellung. Die Forderungen linker Ultras klingen aus den Mündern von Bürgeranwälten wie die Stimme der Vernunft. Wie? Sie sehen das kritisch? Schämen Sie sich! Es würde doch so viel für den guten Zweck gespendet. Auf den Rücken von fünfzig unbescholtenen Bürgern werden linke politische Botschaften geschmeidig ins Ziel geschickt. Und die werden in den nächsten Jahren immer wieder getrommelt werden: Schaut, wie prächtig Menschen fremdes Geld verteilen können (wenn man sie dabei richtig betreut). Damit es in Zukunft noch mehr zu verteilen gibt, sollten die anderen Reichen ihr Geld ebenfalls hergeben. Und wenn sie es nicht tun, helfen wir ihnen mit der Vermögenssteuer auf die Sprünge. Sachliche Einwände werden einfach totgespedit.

In Österreich wird übrigens im Jahr rund eine Mrd. Euro für gemeinnützige Zwecke ausgegeben; oft testamentarisch. Das meiste davon passiert weitgehend geräuschlos.

Jan Kluge ist Ökonom beim wirtschaftsliberalen Thinktank Agenda Austria.



JAN KLUGE

Gastkommentar

SCHREIBEN SIE UNS! LESER@KURIER.AT

Leserbriefe

Rechtsruck in EU

Treffliche Analyse

Zum Leitartikel „Das rechte Schmutzdeckel und die Zukunft Europas“ (17. 6.) von Andreas Schwarz

Aufrichtigen Dank für Ihre treffliche Analyse. Für Ihre selbstgefälligen, selbst ernannten „Kläger, Richter und Henker“ in einer Person schaden unseren Demokratien massiv, spielen dagegen den Despoten in die Hände. Und finden sich dabei sicher noch supercool und urwichtig. So wie ihre Anhänger, die aufrechten Kämpfer gegen „das System“. Deshalb führt ja auch die FPÖ, ohne auch nur irgendwas geleistet zu haben. Alles ausgesprochen unerfreulich, ja bedenklich.

Bernhard Loy

Don Quijote lässt grüßen

Die Kämpfer gegen „illegale Migration“ bedienen sich – wie Don Quijote im Kampf gegen Windmühlen – eines beachtlichen rhetorischen Kniffs. Kein illegaler Migrant will illegal sein. Es ist die Politik, die ihn zum „Illegalen“ macht. Und warum? Damit es eine Flut an Menschen gibt, die ohne Rechte, als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Wohlwissend, dass man damit ein Monster kreiert, das es erlaubt, nicht von dringlichen (und realen) Herausforderungen zu sprechen: steigender Arbeitslosigkeit, einem maroden Gesundheitssystem, enkeluntauglichem Bildungssystem etc. Verantwortungsbewusste Medien, Parteien, aber auch die viel gerühmte Zivilgesellschaft sollten auf diese Themen aufspringen und nicht dem Boulevard die Mär der unerwünschten illegalen Migration unreflektiert überlassen.

Harald Vertneg

Geringer Zeitgewinn

Zu Pro & Contra 150 km/h auf Autobahnen (22. 6.): Contra von Elisabeth Holzer-Ottawa Ich hätte gerne gewusst, warum Sie als Argument ausgerechnet den Zeitgewinn einer Autobahnstrecke von 20 km bringen, einer Strecke, dererwegen der größte Teil das lokale Straßennetz bevorzugt. Wäre es im Hinblick auf die in der Regel viel längeren Strecken, deretwegen die Autobahn anstelle

Paul Schwarzenbacher Wien

des lokalen Straßennetzes benützt wird, nicht angemessener, diesen in Prozent der Fahrzeit (und damit für jede Streckenlänge) anzugeben? Und: Gibt es nicht viel triftigere Argumente gegen eine weitaus anstrengendere Fahrweise – der Konzentrationsaufwand und Nervenschleiss steigt mit der Geschwindigkeit exponentiell – als den Zeitgewinn einer halben Stunde bei einer Fahrt auf der Ost-West-Strecke durch ganz Österreich?

Helmut Hofmann

Lehrberufe

Sinnloses Schnuppern

Zum Gastkommentar „Lehre als Zukunftsmodell“ (26.6.) von Julia Wienerroither Der Satz, junge Menschen für einen Betrieb zu begeistern, hat in mir ein Erlebnis aus der Vergangenheit in Erinnerung gerufen. Für meinen Sohn (Jg. 1985) hatte ich einige Schnuppertage organisiert. Seitens der Schule entstanden Probleme zur Freistellung für selbige. Und wenn dann in einem Betrieb an drei Tagen nur Rost entfernen von Autofelgen angeagt ist, bleibt Begeisterung hintangestellt. In der Hoffnung, dass sich das positiv verändert hat, verbleibe ich als treuer Leser aus NO.

Franz M.

Schulferien

Nicht motiviert

Zum Leitartikel „Hausaufgaben für die Sommerferien“ (24. 6.) von Robert Kleedorfer Ihnen dürfte entgangen sein, dass die Sommerschule nur vormittags stattfindet. Das löst ein Betreuungssystem mitnichten. Im Übrigen möchte ich Sie einladen, sich als Lehrender zu bewerben. Vielleicht an einer Brennpunktschule? Da macht es sicher besonders viel Spaß. Ich bin gespannt darauf, wie Sie dann aus eigener Erfahrung berichten können, wie überaus motiviert Schülerinnen und Schüler, die zu einer Teilnahme an der Sommerschule zwangsverpflichtet worden sind, mitgearbeitet haben.

Tamara Topolanek Wels

Sind die Sommerferien für Schulkinder zu lang?

PRO&CONTRA

Neun Wochen Auszeit. Das klingt erst einmal wunderbar: Ein paar Wochen mit den Eltern oder Großeltern am See, dazwischen einige Tage auf dem Bauernhof oder im Sprach- und Sportcamp. Wer wollte das Kindern schon vermiesen? Niemand. Nur: Für viele Buben und Mädchen ist die Realität eine andere. Mehr als neun Wochen im Park um die Ecke ist bei ihnen nicht drin. Und da wird trotz aller Fußball euphorie oft nicht mehr im Käfig gekickt, sondern aufs Handy gestarrt. TikTok bestimmt ihren Alltag, was der Konzentrationseinstellung auch langfristig abträglich ist. Manche Migrantenkinder werden zu den Großeltern in die Türkei, nach Ägypten oder auf den Balkan geschickt. Das bisschen Deutsch, das sie bisher gelernt haben, vergessen sie. Das ist nicht nur anekdo-

tisches Wissen von frustrierten Lehrkräften – das zeigen auch zahlreiche Studien: Bildungserne Kinder leiden besonders unter langen Sommerferien, weil es niemanden gibt, der mit ihnen den Stoff, wenn auch nur spielerisch, wiederholt.

Nicht nur für sie wäre eine bessere Verteilung der Ferien übers Jahr eine gute Sache. So manches Kind täte sich leichter, wenn das Lernen nicht so verdichtet wäre und sich von September bis Juni nicht Schularbeit an Schularbeit reihten würde. Kürzere Sommerferien kann es allerdings nur geben, wenn endlich die Schulgebäude besser klimatisiert werden: Schon im Juni war in manchen Klassen kein Unterricht mehr möglich, weil das Thermometer in den Räumen auf über 40 Grad kletterte.

Ute Brühl, Chronik-Redaktion



Der Rhythmus eines Schulkindes: Hausaufgabe, Lernen für die Prüfung, pünktlich aufstehen, Nachmittagsaktivität (am besten etwas Musikisches und Sport, dazu noch ein Sprachkurs): Wer das Elternsein stressig findet, sollte mal durchgehen, wie viel „Downtime“ Schülerinnen und Schüler heutzutage bekommen. Das Wochenende: Ausschlafen, dann Besorgungen organisieren, natürlich pünktliches Erscheinen am Mittagstisch, am Nachmittag zur Verwandtschaft, am Abend – je nach Alter: Kino, Freunde oder daheim chillen. Der Sonntag? „Du sollst wieder dein Zimmer aufräumen“. Die Schultasche wird gepackt, wer im Unterricht nachhängt, wird sich noch einmal am Küchentisch wiederfinden und Mathe üben, Rechtschreiben ... Montagfrüh ist gleich wieder da.



Daneben spielt sich der ganz normale Wahnsinn eines Kinderlebens ab: Wachstumsschübe, Entwicklungssprünge, Hormonstöße. Der Sommer ist jene Zeit, in der sich die höchste Anzahl an täglichen Freizeitstunden erleben lässt: Die Tage sind lang, das Klima ist gnädig und alle Freunde haben auch frei. Man trifft die, die man treffen möchte und konzentriert sich vor allem auf sich selbst. Und wer unter prekären Bedingungen aufwächst, hat hier die meiste Zeit unter freiem Himmel. Ohne Beengung, ohne Krise daheim. Was andere als „im Park abhängen“ abtun, ist einer der wenigen Freiräume, die viele Kinder und Jugendliche haben. Zudem kann man in neun Wochen Badezeit und Eiskissonum perfekt maximieren.

Philipp Wilhelmer, Newsdesk

KURIER Die abgedruckten Briefe und Gastkommentare müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Der KURIER bietet Fremdaotoren eine Plattform, ihre Standpunkte zu vertreten.